

Eine Würdigung des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung 2009 – Eine kleine Auswahl

Die Zeilenangabe in den Klammern bezieht sich auf den offiziellen 128seitigen Entwurfstext

Öffentliche Gebühren steigen (Zeile 299)

Die neue Regierung plant den Wegfall der Steuerbefreiung bei den Gebühren für Abfall und Abwasser. Das heißt im Klartext: Müll- und Abwassergebühren werden im Durchschnitt um 15 bis 20 Prozent teurer.

Alles was Geld bringt soll per Privatisierung den Konzernen geschenkt werden (Zeile 584)

Generell sollen alle staatlichen Tätigkeiten und Aufgaben abgeklopft werden, ob sie privatisiert werden können. Das bedeutet konkret, dass alles, was Gewinn abwerfen könnte, privatisiert werden soll und alle nicht profitablen Aufgaben vom Staat allein durchgeführt werden. Immer mehr auch hoheitliche Aufgaben werden damit in private oder teilprivate Hände gegeben. Der Rechtsstaat gerät in Gefahr angesichts dieses Ausverkaufs von z. B. Wasserwerken oder auch Gefängnissen. Der bisherige Wirtschaftsminister hat seine industriefreundlichen Gesetze ja schon von privaten Anwaltskanzleien zusammenschreiben lassen.

Staat soll Konzernen bei Pleiten helfen (Zeile 593)

Staatliche Beteiligungen werden aber schon in Aussicht genommen, wenn es darum geht, marode Konzerne und Banken vor der Pleite zu bewahren. Auch hier soll der Staat nur die Risiken und Folgen der Pleite übernehmen und schnell aussteigen, wenn wieder Gewinne erwirtschaftet werden.

Gesundheit: Alles zu Lasten von Arbeitnehmern (Zeile 3909)

Mehr Netto gilt bei schwarz-gelb offenbar nur für die Unternehmer. Die Einfrierung des Arbeitgeberbeitrags und die gleichzeitige Einführung eines einkommensunabhängigen Beitrags heißen nichts anderes, als dass die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt wird, und dass die Beschäftigten in Zukunft alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein bezahlen sollen. Der angekündigte Sozialausgleich ist nur Augenschwermerei. Die neue Regierung erfüllt bereitwillig alle Wünsche der Wirtschaftsverbände und will amerikanische Verhältnisse im Gesundheitssystem schaffen.

Hartz IV: Kürzungen statt Erhöhungen (Zeile 3725)

Die geplante Pauschalierungen der Energie- und Nebenkosten und "gegebenenfalls" der gesamten Kosten der Unterkunft bei Hartz IV bedeuten unter der schwarz-gelben Regierung nichts weiter als ein Versuch, Kürzungen der Leistungen für die Unterkunft und Heizung vorzunehmen.

Bafög gibt es bald nicht mehr (Zeile 2588)

Das Thema Studienfinanzierung wirkt auf dem ersten Blick durchaus positiv. Man muss sich dann die konkrete Gesetzesumsetzung anschauen. Aber offensichtlich ist es so, dass hier der Anfang vom Ende des BAföG eingeleitet werden soll. Künftig sollen in besonderer Weise leistungsstarke Studierende gefördert werden.

Unsichere Arbeitsverhältnisse werden durch noch mehr Zeitverträge vermehrt (Zeile 673)

Die neue Regierung will befristete Einstellungen erleichtern vor allem durch die geplante Erleichterung der sachgrundlosen Befristung: Damit hat die FDP ihre Forderung nach der Möglichkeit von Kettenarbeitsverträgen, bei der eine Befristung der nächsten folgt, durchgesetzt. Schwarzarbeit soll natürlich bekämpft werden; aber Minijobs ohne Versicherungsschutz sollen ausgeweitet werden.

Keine weiteren Mindestlöhne (Zeile 631)

Den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn lehnt die neue Regierung ab. Neue Mindestlöhne können nur einvernehmlich genehmigt werden. Die bestehenden Mindestlöhne sollen bis 2011 überprüft werden.

Abbau von Mitsprache der Bürger – Konzerne können allein bestimmen (Zeile 414)

Unter dem Vorwand der Entbürokratisierung sollen Genehmigungsverfahren, die bundesgesetzlich geregelt sind, verkürzt und beschleunigt werden. Damit sollen die Planungen der Konzerne ohne Störungen durch Bürger und Umweltschutzverbände leichter durchgezogen werden können. Außerdem sollen die rechtlichen Kontrollmöglichkeiten durch die Gerichte beschnitten werden und dem Bürger die Möglichkeit, sich gegen überdimensionierte Planungen und Umweltsünden zur Wehr zu setzen, genommen werden.

Bau weiterer Kohlekraftwerke und Planung von CO₂-Endlagerung geplant (Zeile 1006)

Die Regierung will weiter den Bau von Kohlekraftwerken fördern. Statt die Produktion des klimaschädlichen CO₂ zu verhindern, soll so getan werden, als ob das Klima geschützt würde. Forschungsprojekte für die CO₂-Abscheidung sollen den Kohlekraftwerksplanern ein Scheinargument an die Hand geben, dass sie klimaverträglich Strom produzieren würden. Das Verbuddeln von Schadstoffen entspricht der Mentalität der Konzerne und "ihrer" Regierung. Sie haben es in der Vergangenheit mit allen Sorten von Giftmüll und natürlich dem Atommüll so gehandhabt. CO₂ ist konzentriert giftig für den Menschen; die Durchlöcherung der Erde für CO₂-Lager gefährdet andere Nutzungen. Außerdem ist die CO₂-Abscheidung energiepolitisch und klimapolitisch anerkannter Blödsinn.

Atomkraftwerke laufen weiter – Kein Klimaschutz (Zeile 1017)

Der Atomausstieg ist relativiert worden. Längere Laufzeiten sind möglich, und es gibt keine Weichenstellung in Richtung erneuerbarer Energien.

Gorleben – die nächste Katastrophe ist programmiert! (Zeile 1023)

Mit der Festlegung, Gorleben als Endlager für Atommüll auszubauen, wird die Eignung des Salzstocks per Regierungsbeschluss festgelegt, obwohl viele Wissenschaftler den Salzstock für unsicher halten. Ähnliches hat die Kohlregierung schon mit der Salzmine Asse vorgemacht – mit dem bekannten Ergebnis, dass der abgekippte atomare Müll jetzt aus dem abgesoffenen Mine unter Einsatz von Mrd. € wieder herausgeholt werden muss. Die neue Regierung will versuchen, von den Konzernen etwas Geld für die Sanierung der Asse zu bekommen. Dann schau mer mal!

Abschaffung der Gewerbesteuer geplant – Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung (Zeile 269)

Eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen. Die einzige rein kommunale Steuer wäre damit abgeschafft.

jdm/HalloWipplingen.de/26.10.2009